

ROTER HAHN

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

AUSGABE 66

OKTOBER 2018



Liebe Leserin, lieber Leser,

trotz eines wirklich engagierten Wahlkampfes hat DIE LINKE in Bayern leider erneut den Einzug in den dortigen Landtag verpasst. Aber ich bin ganz sicher, dass wir am kommenden Wochenende in Hessen ein deutlich besseres Ergebnis erzielen und vielleicht sogar dazu beitragen können, dass CDU-Ministerpräsident Bouffier abgewählt werden kann. Die sogenannte GroKo aus Union und SPD in Berlin hat laut Umfragen schon jetzt keine Mehrheit mehr.

Die letzten Tage stimmten auch aus einem anderen Grund optimistisch, denn endlich gehen wieder viele Menschen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sowie Intoleranz auf die Straße und zeigen AfD, Pegida und andere Rechtspopulisten: Wir sind mehr! In Berlin kamen über 240.000 Leute zur #unteilbar-Demo, die für eine offene und freie Gesellschaft, für Solidarität statt Ausgrenzung geworben hat. Es war wichtig, dass nicht nur viele Linke daran teilgenommen haben, sondern auch Vertreter der außerparlamentarischen Bewegung „Aufstehen“, und das trotz der für mich nicht nachvollziehbaren distanzierenden Äußerungen von Sahra Wagenknecht im Vorfeld der Demo. Gerade in Zeiten wie diesen mit einem Erstarken rechtsextremer Kräfte sollten wir alles Trennende weitgehend zurückstellen und das Gemeinsame suchen, so wie bei den Aktivitäten unter dem Motto „Herz statt Hetze“ (siehe unten) am letzten Sonntag in Dresden,

meint Ihr/Euer

Für ein solidarisches Dresden ohne Rassismus

Gemeinsam mit ca. 13.000 Menschen nahm André Hahn am 21. Oktober an der Großdemonstration unter dem Motto "Herz statt Hetze" in Dresden teil, um am 4. Jahrestag der Gründung von Pegida ein Zeichen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sowie für Weltoffenheit und Toleranz zu setzen.

André Hahn: „Gut, dass diesmal Vertreter aller demokratischen Parteien mit dabei waren, angefangen von Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), seinem Stellvertreter und SPD-Landesvorsitzenden Martin Dulig, Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) bis hin zu VertreterInnen der Grünen wie z.B. meiner Bundestagskollegin Monika Lazar, und natürlich auch zahlreichen LINKEN.“



TERMINE MIT ANDRÉ HAHN (AUSWAHL)

*

24.10., 16:00 Uhr
Versammlung der Basis-
organisation der LINKEN
Oberes Elbtal

*

26.10. — 01.11.
Reise mit der deutsch-
zentralasiatischen
Parlamentariergruppe
nach Turkmenistan &
Usbekistan

*

03.11., 10:00 Uhr
Kreisparteitag DIE LINKE
Sächsische Schweiz—
Osterzgebirge
Stolpen, Goldener Löwe,
Markt 4

*

05.11., 17:00 Uhr
Sondersitzung Kreistag
Pirna

*

06. — 09.11.
Sitzungswoche
Bundestag, Berlin

*

12.11., 18:00 Uhr
Basiskonferenz
DIE LINKE SOE
Heidenau, Drogenmühle,
Dresdner Str. 26

*

14.11., 18 Uhr
Forum „Geheimdienste
außer Kontrolle -
ein Insider berichtet“
Plauen, JH „Alte Feuerwa-
che“, Neundorfer Str. 3

*

16.11., 10:00 — 13:00 Uhr
Öffentliche Anhörung der
Präsidenten der Nach-
richtendienste durch das
Parl. Kontrollgremium,
Bundestag, PLH,
Anmeldungen von Zuhö-
rer/innen mit Name, Vor-
name, Geb.datum und —
ort an: [vorzimmer.
pk1@bundestag.de](mailto:vorzimmer.pk1@bundestag.de)

*

Gesetze im Omnibusverfahren

Am 27. September beriet der Bundestag in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Zensusvorbereitungsgesetzes für 2021. Dieser Gesetzentwurf mutierte bis zur abschließenden Beratung am 18. Oktober zu einem Omnibus, dem durch Änderungsanträge der Koalition zwei weitere Gesetze, sogenannte Passagiere, hinzugefügt wurden, die mit dem eigentlichen Gesetz überhaupt nichts zu tun haben. Ein gravierender Mangel dabei ist – so André Hahn in seiner Rede –, dass dadurch keine angemessene parlamentarische Beratung der einzelnen Gesetze erfolgen kann.

Das Zensusvorbereitungsgesetz 2021 ist von erheblicher Tragweite. Etwa 10 Prozent aller in Deutschland ansässigen Personen sollen im Rahmen des Zensus 2021 zur Beantwortung umfangreicher Fragebögen gezwungen werden. Bei Nichtbefolgung werden die Behörden mit Buß- und Zwangsgeldern von 300 bis zu 5000 Euro drohen. Darüber hinaus werden zahlreiche sensible persönliche Daten aus diversen anderen Dateien ohne die Einwilligung oder Benachrichtigung der Betroffenen zusammengeführt. Deswegen – so André Hahn in seiner Rede am 27. September – ist DIE LINKE hinsichtlich der geplanten umfassenden Datenerhebungen durch den Zensus eher skeptisch und hat im Januar 2017 als einzige Fraktion das Gesetz abgelehnt und wird auch das jetzt zur Abstimmung stehende Änderungsgesetz ablehnen.

Mittels Omnibusverfahren neu hinzugekommen sind durch Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes die Einrichtung eines gut bezahlten leitenden Beamten bei der Beauftragten für Medien und Kultur sowie eine Änderung des Zweiten Dopingopfer-Hilfegesetzes, mit dem die Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen um ein Jahr, also bis zum 31. Dezember 2019, verlängert werden soll. Das unterstützt DIE LINKE. Wesentliche Mängel, die André Hahn bereits am 2. Juni 2016 benannte, werden aber damit weiterhin nicht beseitigt. So werden auch künftig diese Hilfen nicht für Opfer systematischen Dopings in Westdeutschland zur Verfügung stehen. Und für die ehemaligen Sportlerinnen und Sportler, die in Folge des Dopings wirklich schwere und dauerhafte gesundheitliche Schädigungen erleiden, wird die einmalige Zahlung von 10.500 Euro nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein.

Damit alle Kinder alle Chancen haben



Am 29. September war auch in Pirna der Kampagnenstart für die Unterschriftensammlung zum Volksantrag für „LÄNGERES GE- MEINSAMES LERNEN“ in Sachsen.

Dazu waren Informationsstände der unterstützenden Vereine, Institutionen und Parteien auf dem Markt in Pirna aufgebaut. In vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern kam die Zustimmung für dieses Anliegen zum Ausdruck. Als einer der Ersten in seinem Wahl-

kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge unterschrieb André Hahn diesen Volksantrag und warb anschließend selbst um Unterschriften.

Mehr Infos: <https://www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de/>



IN KÜRZE

Einstimmig wählten die Mitglieder des Kuratoriums SPORT & NATUR auf ihrer Mitgliederversammlung am 11.10.2018 André Hahn in den Beirat des Verbandes.



*

Die Zusammenarbeit von Deutschland mit den drei Staaten im Südkaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage von André Hahn. Auf der Homepage gibt es die Antwort der Bundesregierung auf Drucksache 19/4162.

*

Absurdes über die Haushaltsberatungen 2019 im Sportausschuss berichtet André Hahn auf seiner Homepage. So hat die Koalition die vom BMI in Abstimmung mit den Sportverbänden DOSB und DBS vorgelegte Liste mit Mehrbedarfen in Höhe von 57,75 Millionen Euro für die Förderung des Sportes in der Sondersitzung des Ausschusses am 10.10. abgelehnt, obwohl sie inhaltlich dafür sprach, nur weil der Antrag von der LINKEN kam. Nun sollen es die Mitglieder des Haushaltsausschusses richten, bevor der Bundestag am 23.11. endgültig entscheidet.

*

Menschen vor Profite:
Pflegenotstand
stoppen!

André Hahn
bei Facebook



Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 75777
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Sächsische Schweiz—
Osterzgebirge:**
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna
Tel.: 03501 5710090
E-Mail: andre.hahn.ma03@bundestag.de

Wahlkreisbüro Meißen:
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

Redaktionschluss: 22.10.2018
Redaktion: André Nowak